

Ob letztere überhaupt nicht auszuweichen werden sollen, weil Deutschland ganz objectiv präjudizirt und seine eigenen Mächte stellen will, oder ob die Zustimmung im Laufe der Konferenz erfolgt, wird wohl die nächste Zeit lehren.

O Berlin, 16. Nov. Ein dieses Blatt konnte es sich natürlich nicht verweigern, Stanley interviewen zu lassen. Aus dem betreffenden Mittheilungen ist nur eine Hervorhebung, die offenbar nur aus einem Missverständniß des Interviewers hervorgegangen sein kann. Es heißt nämlich, die Mächte wollten einen Staat am Kongo gründen, eine solche Absicht ist aber weder von irgend-einer Seite bisher ausgesprochen, noch wird sie überhaupt in Vorfrage kommen. Der Kongoflaak kann und wird einzig und allein von der Association internationale africana gegründet werden, von der auch der Vorschlag zur Errichtung eines unabhängigen Staatswesens erst ausgegangen ist. Hieran wird unweifelhaft auch die Konferenz nichts ändern. Sollte Portugal bei in seinem an die Mitglieder der Konferenz vertheilten Memorandum vorgelegten angeblichen Rechte auf die Kongomündlichkeit beharrt, daß Frankreich sich mit ausdrücklichen Gegenstande hervortritt, alle über die drei ursprünglichen Vertragsunterzeichner eingehenden Anträge von den Beratungen auszuscheiden; es liegen auch deutliche Anzeichen dafür vor, daß die meisten der Mächte sich dem Vortrage Frankreichs anschließen werden. Daraus wird auch die Vermuthung hergeleitet, daß die Konferenz sehr bald zu Beschlußien gelangt. Portugal hat erstens keine Rechte auf das Mündlingsgebiet nicht darzuthun vermocht; zweitens hat keine der Mächte aus mehreren Gründen geneigt das Land Portugal zu überlassen, namentlich weil man es damit England in die Hand spielen würde. Unter den führenden Mächten ist man überzeugt, daß nur die Association im Grunde ist, den internationalen Interessen mercantiler und philanthropischer Art am Kongo gerecht zu werden und in diesem Sinne wird die Konferenz sicher die Frage lösen. Ausdrücklichen Mächten wird von hier geschrieben, der englische Konferenz-Beschlußmächte der Mächte werde wahrscheinlich die Ansprüche Portugals unterstützen. Zunächst wird diese Angabe nur als ein Fädel angesehen werden, doch spricht alles gegen die Richtigkeit einer solchen Behauptung. England und Portugal sind ein-zweie seit dem Falle des famosen englisch-portugiesischen Kongovertrages; Portugal schiebt die Schuld daran dem erleren zu und sein Memorandum ist gegen England gerichtet. Auch liegt nicht das geringste Anzeichen vor, daß Großbritannien aus anderen unbekanntem Ursachen etwa in eigenem Interesse sich an Seite Portugals stellen werde.

Politische Uebersicht.

Durch die offizielle Zählung der Stimmen im Staats-Republikan ist nunmehr die sich für Cleveland ergebende Mehrheit, unter Berücksichtigung vorgenommener Zurücktritte, definitiv auf 1078 festgestellt, die Comités der Demokraten und Republikaner haben nach Erledigung der Zählungs-Arbeiten ihre Wirksamkeit für geschlossen erklärt, der republikanische Parteivorstand hat die Wahl für Cleveland als das Ergebnis der Zählung als richtig acceptirt. Die Wahl Cleverlands ist jetzt als definitiv feststehend anzusehen.

Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Dongoa vom 15. d. telegraphirt: General Wolseley erhielt gestern abend ein Schreiben des General Gordon, worin derselbe sein lebhaftes Bedauern über die Schwierigkeiten, die ihm nach Dongoa abgegangenen Dampfers und die Zerstörung aller an Bord befindlichen Personen ausdrückt, nämlich des Obersten Stewart, der Consul Power und Herbin und dreißig anderer. In dem Schreiben heißt es ferner, Gordon freue sich, zu vernennen, daß englische Truppen im Vornachricht begriffen seien, er hoffe sich bis zu deren Ankomst behaupten zu können und werde inzwischen fortfahren, die Truppen des Machi, die sich Skartum zu nähern suchen, durch seine Dampfer zu beunruhigen. Der Machi befindet sich eine Lagererie von Skartum. — Voransichtlich wird mit dem obigen die Reihe der englischen Telegramme noch nicht geschlossen sein. Bis nicht das Gegenstück schrift erwiesen ist, darf man den Untertrag Gordon's als abschließend ansehen. Wie die „Nat.-Zeitg.“ mittheilt, ist in Berlin an maßgebender Stelle diese Thatsache auch schon längst bekannt.

Auf diesem wohlverwalteten, der geistigen Krankenpflege geweihten Fleckchen Erde verlor sich flackernd das Licht der Wissenschaft zu werden können war.

Der Herr eines Dalesins war für alles, was er vordem erstreckt, verehrt und geliebt hatte, verloren.

Der Herr eines Dalesins war für alles, was er vordem erstreckt, verehrt und geliebt hatte, verloren.

Der Herr eines Dalesins war für alles, was er vordem erstreckt, verehrt und geliebt hatte, verloren.

Der Herr eines Dalesins war für alles, was er vordem erstreckt, verehrt und geliebt hatte, verloren.

Der Herr eines Dalesins war für alles, was er vordem erstreckt, verehrt und geliebt hatte, verloren.

Der Herr eines Dalesins war für alles, was er vordem erstreckt, verehrt und geliebt hatte, verloren.

Der Herr eines Dalesins war für alles, was er vordem erstreckt, verehrt und geliebt hatte, verloren.

Der Herr eines Dalesins war für alles, was er vordem erstreckt, verehrt und geliebt hatte, verloren.

Zur Erzielung eines Kompromisses in der englischen Wahlreformfrage sind wir uns London geschrieben wird, angeblich Unterhandlungen zwischen der Regierung und gewissen Vertretern der Opposition in Gange, und zwar auf einer Grundlage, welche die konservative Partei annehmen könnte, wenn ihr daran gelegen ist, die Reformfrage zu einer beschleunigten Lösung zu bringen. Die Regierung würde damit einverstanden sein, wenn ein Amendement angenommen wird, welches einen Termin festsetzt, an welchem die Reformvorlage und die Bill für die Neueinteilung der Wahlkreise gleichzeitig Gesetzkraft erhalten. Der Herzog von Argyll soll als Unterhändler der Regierung eifrig bemüht sein, auf dieser Basis ein Kompromiß zu staude zu bringen, aber alle Anstrengungen in dieser Richtung scheitern an dem Eigensinne des Marquis von Salisbury, der, von seinen Kollegen im letzten Korymbatium unterstützt, dabei beharrt, die Annahme der Reformvorlage von der Erbringung und Erledigung einer Bill für die Neueinteilung der Wahlkreise abhängig zu machen. Für Dienstag ist eine Versammlung der konservativen Partei im Carlton-Haus anberaumt, in welcher, unter Lord Salisbury's Vorsitz, beschlossene werden wird, welche Haltung die Opposition im Oberhause der Wahlreformvorlage gegenüber einnehmen soll. Wie sich die Ereignisse gestalten werden, falls die Reformvorlage von der Majorität der Pairs-kammer wiederum verworfen wird, läßt sich mit Bestimmtheit nicht voraussagen; aber die Regierung nachstehenden „Daily News“ sind bereits in der Lage mittheilen zu können, daß eine Parlamentsauflösung in diesem Jahre nicht eintreten werde. Während sich das Oberhaus mit der Reformbill beschäftigt wird, wird sich im Unterhause eine egyptische Debatte abspielen, da die Opposition mit der Absicht umgeht, die egyptische Politik der Regierung zum Gegenstand eines Labelsantrages zu machen.

Wie in englischen parlamentarischen Kreisen angenommen wird, beabsichtigt die englische Regierung bei dem Parlamente eine beträchtliche Vermehrung der Marine, namentlich die Erwerbung mehrerer Art bewaffneter Kreuzer und einer großen Anzahl von Torpedobooten zu beantragen. Die Ausgaben würden auf mehrere Jahre vertheilt werden.

Lord Dufferin, der neue Vizekönig von Indien, und Generalmajor Sir Charles Warren, der Befehlshaber des nach Westaustralien bestimmten Expeditionscorps, verließen am 13. d. London, um sich auf ihre Posten zu begeben.

Die Regierung des schweizerischen Kantons Tessin hat nunmehr erklärt, sich den von dem Bundesrath getroffenen Maßregeln unterwerfen zu wollen.

Der „Tempo“ und „Libero“ zufolge lauten die neuesten Depeschen aus Kelung dahin, daß dieselbe vor dem Eintreffen der Besatzungsmittel nicht werde unternommen werden. Der „Times“ wird aus Saigon vom 23. d. gemeldet, daß die annamitischen Hiltstruppen 500 chinesische Geisane in Kepu entpauert haben.

Wie aus Rom gemeldet wird, soll Lugazzi allein Italien der Wärlingkonferenz vertreten, welche nur von kurzer Dauer sein dürfte. Man glaubt, französisch werde einer fünfjährigen Verlängerung der lateinischen Wärlingkonvention, sowie der allmählichen Einziehung der silbernen Fünfkrantenstücke zustimmen. Unter diesen Bedingungen würde Italien an der Konferenz theilnehmen.

Das „Journal de St. Petersbourg“ sagt anlässlich der von mehreren kirchlichen Zeitungen in Umlauf gelangten Nachricht über den Empfang der Deputation von katholisch-unirten Pöbelkern beim Papste und über die vom Papste der Deputation ertheilte Antwort: In Berücksichtigung der Wichtigkeit der zwischen dem Vatikan und Russland wieder angeknüpften guten Beziehungen und der Beweise des Wohlwollens, welche der Kaiser bei Gelegenheit seiner jüngsten Reise nach Polen den Katholiten gegeben hat, haben wir es uns zur Pflicht gemacht, ein Dementi oder wenigstens eine Nichtbestätigung obgedachter Nachricht durch die offiziellen Organe des Vatikans abzugeben. Diese Hofnung ist indessen getäuscht worden. Diese Blätter hätten das Interesse des Vatikans verstehen und dem Gedanken nicht Glauben verschaffen sollen, daß der Papst die Grundregeln des Völkerechts so weit außer Acht setzen könnte, um in den inneren Angelegenheiten eines Landes zu interveniren, zu welchem er sebon wieder in französischer Beziehung genötigt ist, denn die hohe That-sache, die Klage einiger Unterthanen eines Souveräns gegen denselben vielmehr sogar von Seiten, welche sich als solche ausgeben, entgegenzunehmen zu haben, müßte unweiblich als eine unangenehme und unzulässige Intervention angesehen werden. Ein solches Verfahren sündet in Widerspruch mit der Art und Weise, wie Papst Leo seit seiner Erhebung zum Pontifikat verfährt, und mit der Klugheit, von der er so vielfache Beweise gegeben hat. Welches auch der Zweck der kirchlichen Blätter sein möge, wir halten dafür, daß das von den Organen des Vatikans beobachtete Stillschweigen die seit kurzem zwischen Russland und dem heiligen Stuhle wiederhergestellten guten Beziehungen beeinträchtigen und ganz besonders die wohl-verbundenen Interessen des Vatikans und der römischen Kirche schädigen muß.

(Kleinere telegraphische Mittheilungen.)

* Paris, 15. Nov. Die Kammer der Deputirten setzte die Beratung der Interpellation über die Arbeiter-frage in Paris am Donnerstag fest und trat sodann in die Beratung des Budgets ein. Nachdem der Deputirte Amagot die Finanzpolitik der Regierung einer eingehenden Kritik unterzogen hatte, wurde die weitere Diskussion auf Montag vertagt.

* Paris, 16. Nov. Der erste Präsident des Kassationshofes, Cozot, hat infolge des Fallissements der Alais-Rhone-Eisenbahn-gesellschaft, deren Verwaltungsratsmitglieder er gewesen war, seine Entlassung gegeben. An seiner Statt ist der General-Prokurator Barbier zum ersten Präsidenten des Kassationshofes ernannt worden.

* Petersburg, 15. Nov. Dem Minister des Innern ist durch kaiserlichen Befehl das Recht beigegeben worden, einzelnen Beamten den Aufenthalt in Polen zu verbieten.

* Belgrad, 16. Nov. Dem Reichsgericht des Banatgouverneurs Spalic ist von der Regierung angenommen worden.

Deutsches Reich.

+ Berlin, 16. Nov. Se. Maj. der Kaiser machte auch bei dem heutigen rauhen Wetter im eigenen Wagen vor dem Diner eine Spazierfahrt durch den Tiergarten. Gestern nachmittags hatte der Kaiser vom königlichen Palais aus die tiefen Land-wägen, welche an seiner Zufahrtsweg am hiesigen Platz mit flingendem Spiel vorüberzogen, beschickt. Ferner ertheilte der Kaiser dem Vorstand der Brandenburgischen General-Insynode (v. Lebeque), die Ordreprenger Stüder, Waage, Konstitution-rath Stahn, General v. Nebem, Geh. Oberregierungsrath Biele-

und Rittergutsbesitzer Sadeh Audienz und empfing nachmittags die Telegramm-Auslands und Belgiens zur Kongokonferenz, Grafen Kanijn und den Minister von Venrebmont. Der Herzogin Friederike von Anhalt-Bernburg, welche Ende voriger Woche den Tag feilich begann, an welchem sie vor 50 Jahren an der Seite ihres verstorbenen Gemahls, des Herzogs Albrecht, ihren Einzug in Bernburg hielt, hat der Kaiser zu diesem ihrem Jubeltage ein eigenhändiges Glückwunschkreiben überreicht, welchem der Kaiser's Orden noch als besondere Auszeichnung beigelegt war. — Die Kaiserin wird am Montag vorgehen in Koblenz den Besuch der Gräfin von Hünneberg. Leber den Tag der Rückreise der Kaiserin nach Berlin sind eubigige Bestimmungen noch nicht getroffen. — Der Kron-prinz empfing vorgestern nach der Sitzung des Staatsrathes die Prinzessin Wilhelmine, der Erbprinzeßin von Meiningen, welche am Morgen aus Baden zurückgekehrt war, und des Landgrafen Friedrich Wilhelm von Hessen und nahm mit denselben gemeinlich das Diner ein. Wenden betriebe der Kronprinz die Fortsetzung im Oberhause. — Der Landgraf Friedrich Wilhelm hat sich am Freitag nach Kollwitzburg zurückbegeben.

+ Berlin, 15. Nov. Dem Bundesrath ist von seiten Preussens der Antrag zugegangen, zu beschließen, daß seitens aller Bundesstaaten der Erlaß gleichmässiger polizeilicher Straf-vorkehrungen zur Verhütung der Gefährdung militärischer Pulvertransporte durch Handlungen oder Unterlassungen des Publikums herbeigeführt werde. Die Begründung des An-trages führt aus, daß in den das Verfahren bei Beförderung militärischer Pulvertransporte für Preussen regelnden Anord-nungen spezielle Vorschriften getroffen seien, nach welchen die Beschlussmittel des Führer entgegenkommender aber ein-zelner Fahrzuege jedesmal zur Beobachtung der nöthigen Vorsichtsmaßregeln (langsame Fortbewegung, Ausschließen von Feuer etc.) ausdrücklich anzuordnen haben. Dagegen fehle es an Bestimmungen, auf Grund deren Personen, welche solchen Anordnungen nicht nachkommen, zur Strafe gezogen werden können. Anlässlich von Specialfällen sei zunächst in Aussicht genommen gewesen, diese Lücke für Preussen durch Erlaß ent-sprechender mit Strafanordnung verbundener Polizeiverordnungen zu ergänzen. Da indeß die gleiche Lücke auch für andere Bundesstaaten bestehen dürfte und viele größere Pulver-transporte verschiedene Bundesstaaten zu passieren hätten, so sei es bei weiterer Erwägung als besonders wünschenswerth erschienen, daß ähnlich wie es bezüglich des Verkehrs mit Sprengstoffen geschehen, auch dieser Gegenstand für das Bundes-gebiet in einheitlicher Weise geregelt werde.

Von den 98 Stichwahlen, welche zu vollziehen waren, sind jetzt 85 — einige davon allerdings noch nicht nach offizieller Feststellung — bekannt. Von diesen 85 Mandat-orten erhalten: die Deutschfreisinnigen 33, die Sozialdemo-kraten 15, die Nationalliberalen 12, die Konservativen 10, das Centrum (einschließlich eines welfischen Politikers) 6, die Volkspartei 6, die Freiservativen 3. — Durch diese Stich-wahlen ist die deutschfreisinnige Fraktion bis jetzt auf 64, die nationalliberale auf 50, die konservative auf 74, die frei-servative auf 28, das Centrum inclusive Welfen auf 106, die Volkspartei auf 8, die Sozialdemokraten auf 24 Mann ange-wachsen, dazu kommen 14 Ersatz-Vottriger und 16 Polen. Die noch ausstehenden Stichwahl-Nachrichten werden die Zahlen nur noch wenig modifiziren.

Wie das „D. M.-Bl.“ vernehmen, will die Regierung gegen „Arbeits-Lenten“ einrichten, denen die Aufgabe zufallen soll, eine genaue Kontrolle über das Angebot von Arbeit und die Nachfrage nach Arbeit in den einzelnen Industriezweigen und in den verschiedenen Bundesstaaten zu führen, insofern sowohl Arbeitgeber, welche Arbeiter brauchen, dort anfragen können, wo sie solche finden, als auch die Arbeiter selbst erfahren können, wo sie möglicherweise Arbeit finden können.

Wie das „D. M.-Bl.“ hört, befindet sich der deutsche Reichs-kommissar für Westafrika, Dr. Nachtigal, augenblicklich in Lübeck's Land. Er dürfte demnächst zum vorübergehenden Aufenthalt nach Berlin zurückkehren, um persönlich amtlichen Bericht zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit würde dann wohl auch die Frage zur ernsthaften Verathung kommen, ob Dr. Nachtigal selbst den Posten eines Gouverneurs für Kamerun über-nähme, welchem gleichzeitig die Verwaltung aller Deutschens in Westafrika oblie.

Das „Berl. Ztbl.“ bringt folgende Meldung, deren Vertretung wir ihm überlassen:

„Eine überraschende Mittheilung, die uns als durchaus zu-verläßlich verbürgt wird, meldet uns, daß der Regentkaiser's-erth des Serargiums Wärlingweide den Prinzen Albrecht zum Kaiser ernannt hat. Am 11. d. M. hat der Kaiser die An-nahme und das die Wahl bereits die Bestätigung des Kaiser's geunden haben. Doch soll der Regentkaiser, dem Wunsch des Kaisers gemäß, die Regierung nach den Bestim-mungen des Regentkaisererthes noch bis zum Ablauf eines Jahres von Ludwig des Herzogs Wilhelm fortführen, und dann erst die Wahl öffentlich bekannt gemacht werden. Auch wird, insofern Prinz Albrecht die Regierung übernimmt, das Serargium zum Großherzogtum erhoben werden, um dem Titel „königliche Hoheit“, den der Prinz betamlich schon jetzt führt, auch äußerlich gerecht zu werden.“

Stichwahlen.

- * Magdeburg, 15. Nov. Bei der Stichwahl im 1. Wahlkreise Stahmelde-Garbelen erhielt bis jetzt v. d. Nieschede (konst.) 4664, Reibauer (fr.) 5688 St.
- * Galtstede, 15. Nov. Amtliches Ergebniß der Stichwahl im 8. Wahlkreise (Wierscheden = Galtstede). Gewählt Staatsminister a. D. v. Bernuth (nl.) mit 9505 St. Graf von Sauer-Weinberg (konst.) erhielt 6222 St.
- * Eichenach, 15. Nov. Amtliches Wahlergebniß im 2. Wahlkreise des Großherzogthums Sachsen-Weimar (Eichenach = Bern-bach). Gewählt Kreisrichter a. D. Parisius (fr.) mit 7888 St., Kammergerichtspächter Geibel (nl.) erhielt 7059 St.
- * Goslar, 16. Nov. Bei der Stichwahl im 13. hannoverschen Wahlkreise wurde v. Allen (Welfe) mit ca. 700 St. Majorität gegen v. Bilgim (konst.) gewählt.
- * Braunshweig, 15. Nov. Am 3. Braunschweigischen Wahlkreise (Wahlmündens-Bundeskreis) erzielten in der Stichwahl bis jetzt Baumgarten (fr.) 5200, v. Gramm (Reichsp.) 3290 St. Die Wahl Baumgartens gilt als sicher.
- * Breslau, 16. Nov. Bei der Stichwahl im 11. breslauer Wahlkreise (Reichenbach-Neurode) wurden nach amtlicher Ermittlung im ganzen 16,228 St. abgegeben, hierauf erhielt Föhring (nlr.) 7961 St., Prinz Schönau-Erolowitz (Reichsp.) 7697 St.
- * Ebnig, 15. Nov. Amtliches Ergebniß der Stichwahl im 4. Schleswig-Holsteiner Wahlkreise (Tondern-Gümlen). Gewählt Amtsrath a. D. Franke (nl.) mit 5224 St. G. M. Richter (fr.) erhielt 5202 St.
- * Garburg, 15. Nov. Am 17. hannoverschen Wahlkreise (Garburg) erzielten in der Stichwahl bis jetzt Quäbitz (nl.)

